



Lars Hünich, MdL, Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Offener Brief

Potsdam, den 31.03.2022

Sehr geehrter Herr Innenminister Stübgen,
Sehr geehrter Herr Staatssekretär Schüler,
Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Stepien,
Sehr geehrte Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn die aktuellen geopolitischen Entwicklungen große Aufmerksamkeit und umfangreiche Betrachtung benötigen, gibt es innenpolitische Entwicklungen, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, da sie Anlass zu großer Sorge geben. Es sind Entwicklungen, die die Grundpfeiler unserer Demokratie betreffen, die durch das Verhalten der Exekutivorgane unterminiert werden. Im Folgenden möchte ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken.

Am 05.02.2022 löste die Polizei eine Gesellschaft friedlicher Spaziergänger in Brandenburg an der Havel auf. Eine Möglichkeit, der Auflösung nachzukommen und sich von dem Ort des Geschehens zu entfernen wurde den Spaziergängern von der Polizei jedoch nicht gegeben. Stattdessen wurde den Spaziergängern von der Polizei ein Weg vom Molkenmarkt über die Hauptstraße (Fußgängerzone) in Richtung Jahrtausendbrücke gewiesen, obwohl zu diesem Zeitpunkt sämtliche Seitenstraßen der Fußgängerzone bereits von der Polizei versperrt waren. Mitten in der Fußgängerzone wurde den Spaziergängern dann das Weitergehen verwehrt. Menschen, die versuchten, über eine Seitenstraße abzugehen, liefen dann zwangsläufig in eine von der Polizei gestellte Sackgasse – man könnte auch von einer Falle sprechen. Es gab schlicht keinen möglichen Ausgang, so dass man sich von der Örtlichkeit hätte entfernen können. Dieses Verhalten der Polizei war sehr irritierend. Ob es Inkompetenz oder gewollte Provokation war, wage ich nicht zu beurteilen, aber die Frage, was die Polizei mit diesem Vorgehen erreichen wollte, muss gestellt werden. Deeskalation war es jedenfalls nicht. Auch die sehr lose und unprofessionell gehandhabte Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen Spaziergänger lässt auf vorsätzlich provokantes Verhalten schließen, wenn man Inkompetenz als Grund für das Fehlverhalten gutmütig ausschließen möchte.

Ein ähnliches Bild stellte sich in Treuenbrietzen am 31.01.2022 dar, als ca. 200 friedliche Spaziergänger unterwegs waren. Unter Androhung von Gewalt („unmittelbarem Zwang“) wurde der Spaziergang als Versammlung eingestuft, um in der Folge Menschen daran zu

Fax.: +49 331 966 99-1873

www.lars-huenich.de

lars.huenich@afd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14476 Potsdam



hindern, sich frei in der Stadt zu bewegen. Kurz darauf wurden sogar die Polizeifahrzeuge von der Polizei als Waffe eingesetzt, um die Menschen auseinanderzutreiben. Hierbei kam zu teilweise sehr gefährlichen Situationen, die die Gesundheit und das Leben von Kindern und Erwachsenen bedrohten. Mir als parlamentarischen Beobachter des Geschehens wurde das weitere Beobachten der Polizeiarbeit durch die Polizei verboten und mir wurde ein Platzverweis erteilt.

In Jüterbog lief ein ähnlicher Fall am 14.02.2022 ab, wo die Polizei den Menschen nur fünfzehn Minuten Zeit geben wollte, den Marktplatz nach Auflösung der als Versammlung eingestuften Spaziergänge zu verlassen. Dem kamen die friedlichen Menschen sogar umgehend nach, wurden jedoch nach Ablauf von lediglich fünf Minuten durch eine vollständige Abriegelung des Geländes von der Polizei daran gehindert. Dieses widersprüchliche und von den Betroffenen nur als unserem Rechtsstaat unwürdige Gängelung wahrnehmbare Verhalten der Polizei gipfelte vierzig Minuten später in unmittelbarer Todesgefahr für einen Spaziergänger, die durch einen brutal und leichtsinnig agierenden Polizisten verschuldet wurde - wir alle haben die Videos vor Augen, die zeigen, wie ein Polizeipferd mit voller Wucht nach hinten austrat und nur um wenige Zentimeter den Kopf eines Spaziergängers verfehlte, der von einem Polizisten ohne erkennbaren Anlass brutal zu Boden und in Richtung der Polizeipferde gestoßen wurde. Dass es hier kein Todesopfer zu beklagen gab, ist lediglich außerordentlichem Glück zuzuschreiben.

Werte Damen und Herren des Innenministeriums und der Polizei Brandenburg, insbesondere der Polizeidirektion West. Ich unterstelle Ihrem Vorgehen bei den angeführten Fällen der letzten Wochen eine bestimmte Absicht. Und damit meine ich die Absicht, abschreckende Bilder zu erzeugen, um Menschen, die friedlich von ihren Grundrechten Gebrauch machen, zu diskreditieren und um Andere davor abzuschrecken sich den friedlichen Spaziergängern anzuschließen.

Auch der mir von vielen Teilnehmern bezeugte, sehr lose und unprofessionelle Umgang der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden mit Anzeigen und Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen friedliche Spaziergänger, lässt für mich nur den Schluss zu, dass der Innenminister als Dienstherr dieser Behörden das Interesse verfolgt, die Bürger vor der Wahrnehmung ihrer Grundrechte abschrecken zu wollen.

Gegen mich persönlich wurde auch ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Dieses entspricht in keiner Weise den üblichen und notwendigen Standards, und der Umgang der zuständigen Stellen damit beschränkt sogar unrechtmäßiger Weise meine Rechtsschutzmöglichkeiten. Ich kann und muss an dieser Stelle daher ausdrücklich anregen,



dass jeder, der ebenfalls aufgrund einer der oben genannten Spaziergänge eine Anzeige erhalten hat, unbedingt den Rechtsweg beschreiten sollte. Ich persönlich habe nach Einsicht der Akten mit einem Anwalt eine offizielle Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerde gegen den Sachbearbeiter erhoben sowie Strafanzeige gem. § 344 Abs. 2 StGB wegen Verfolgung Unschuldiger gestellt.

Sehr geehrte Herren, Innenminister Stübgen, Staatssekretär Schüler, Polizeipräsident Stepien und sehr geehrte Einsatzleitung der Polizeidirektion West, sie setzen sich mit ihrem Vorgehen dem Vorwurf aus, das gute Verhältnis zwischen Bürgern und unseren staatstragenden, der Demokratie verpflichteten Institutionen der Polizei und Strafverfolgung zu ruinieren. Sie missachten unsere grundgesetzlichen Prinzipien und treten die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit mit Füßen. Beenden Sie die Kriminalisierung von Bürgern und den Missbrauch ihrer Macht.

Menschen, die Ihre Meinung auch bei Schlechtwetter und Minusgraden friedlich kundtun, sind keine Kriminellen, sondern besorgte Bürger, die ihre Grundrechte für eine freie und offene Gesellschaft wahrnehmen.

Es gibt noch viele weitere beunruhigende Einzelheiten und Geschehnisse, die sich im Rahmen der beschriebenen Spaziergänge zugetragen haben. Gerne würden wir diese mit Ihnen erörtern, um das aufs Spiel gesetzte Vertrauen zwischen Bürgern und Behörden wieder zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Hünich
Mitglied des brandenburgischen Landtags